

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 04.03.2020

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 52. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 21.01.2020****öffentlich****4.8 Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
2805/2019**

RM Pöttgen resümiert zunächst die Diskussionen aus Dezember 2017 und betont, dass die seiner Zeit geschätzten Kosten für die Erweiterung der Südseite bei ca. 16 Mio. € lagen. Nunmehr gebe die Verwaltung die Kosten mit 53 Mio. € an, so dass die SPD-Fraktion die Frage aufwerfen möchte, ob nicht doch eine andere Priorisierung, beispielsweise zugunsten einer Basteibrücke, erfolgen sollte. Bemerkenswert sei auch, dass sich die Kostenschätzung für eine Erweiterung der Nordseite erheblich verringert habe.

Auch aus gestalterischer Sicht sei die Erweiterung der Hohenzollernbrücke nun nicht mehr überzeugend; es handele sich augenscheinlich um ein eigenständiges Brückenbauwerk und der Blick auf Köln bzw. den Kölner Dom werde massiv verändert wie die vorgestellten Planungen zeigen.

Seine Fraktion habe die Bitte, aufgrund der aktuellen Erkenntnisse eine erneute Priorisierung mit Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen und könne der Vorlage heute nicht zustimmen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt RM Hammer an, dass durchaus bereits in 2017 erkennbar war, dass hier ein eigenständiges Brückenbauwerk errichtet werden müsse. Die stadtgestalterischen Aspekte sollten zunächst im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden; ein Wettbewerb sei jedoch sicherlich unverzichtbar.

Grundsätzlich könne seine Fraktion der Vorlage zustimmen. Er möchte allerdings noch darauf hinweisen, dass auf der linksrheinischen Seite sehr beengte Verhältnisse herrschen und sich daher die Frage stelle, ob hier noch Optimierungsmaßnahmen geplant werden. Von Interesse sei zudem, ob ein gemeinsamer oder getrennter Geh-

und Radweg angedacht sei. Letztendlich bittet er um einen kurzen Sachstand zur beschlossenen provisorischen Rampe.

Auch RM Weisenstein weist auf die schwierige Situation auf der linksrheinischen Seite hin und bittet um Mitteilung, ob bereits Lösungsansätze für eine Anbindung der verbreiterten Brücke an den Heinrich-Böll-Platz und auch für die Anbindung ans Linksrheinische auf der nördlichen Seite existieren.

RM Sterck legt dar, dass es sich hier um ein extremes Nadelöhr handle und eine Verbreiterung daher unausweichlich sei. Die geplante neue Brücke im Rheinauhafen und Deutzer Hafen lasse noch auf sich warten; eine Brücke an der Bastei sei aus Sicht der FDP-Fraktion „nice to have“, allerdings würden sich durch diese nur verbesserte Verbindungen Richtung Mülheim und nicht Richtung Osten ergeben.

Was die Gestaltung angehe, stimme er den Ausführungen und Bedenken von Herrn Pöttgen vollumfänglich zu. Er habe starke Zweifel, ob der Denkmalschutz den Planungen zustimmen werde und plädiere für eine Erweiterung im historischen Stil. Auch die offensichtlich lange Bauzeit dürfe nicht außer Acht gelassen werden und es stelle sich die Frage, ob und wie die Nordseite den Fuß- und Radverkehr in dieser Zeit aufnehmen könne.

SE Fahlenbock betont, dass aus Sicht der Behindertenverbände eine Trennung zwischen Fuß- und Radverkehr zwingend erfolgen müsse. Auf der linksrheinischen Seite sei zudem ein barrierefreier Zugang zur Brücke mehr als wünschenswert; die vorhandenen Serpentinafen seien für Rollstuhlfahrer kaum zu überwinden.

RM Michel teilt seitens der CDU-Fraktion mit, dass diese nach wie vor eine Erweiterung der Nord- und auch Südseite der Hohenzollernbrücke für erstrebenswert und Ziel führend halte. Die heute angeführten Bedenken seien sicherlich nicht von der Hand zu weisen, können jedoch im weiteren Planungsprozess Berücksichtigung finden.

BG Blome wirbt um Nachsicht, dass die Kostenschätzung aus 2017 nicht zutreffend gewesen sei. Es sei jedoch immer sehr schwierig, im Vorfeld von konkreten Planungen belastbare Daten und Zahlen zu benennen. Die Fragestellungen und Bedenken aus der heutigen Sitzung seien alle berechtigt und nachvollziehbar; wie von Herrn Michel jedoch bereits betont, sei es nun Aufgabe des Planungsbüros, diese im weiteren Prozess aufzuarbeiten, zu beantworten und auszuräumen. Der Bedarf stehe sicherlich außer Frage.

Den Sachstand zur provisorischen Rampe werde sie in einer der nächsten Sitzungen vorstellen. Ankündigen könne sie bereits jetzt, dass die Verwaltung aktuell eine dauerhafte Lösung vorstellen werde, da die Kosten und Zwänge für eine provisorische Rampe den vertretbaren Rahmen sprengen würden.

RM Pöttgen betont erneut, dass die Erweiterung der Südseite nicht alternativlos und eine Erweiterung lediglich der Nordseite ggf. auch ausreichend sei. Eine erneute aktualisierte Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen wäre daher sehr hilfreich.

RM Hammer hingegen kann die Bedenken seines Vorredners nicht teilen. Eine Verbreiterung der Südseite sei aus seiner Sicht allein auf Grund der starken Fußgängerströme zwingend erforderlich.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage – ohne Votum - zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt